



AfD Kreisverband Lüneburg

# KOMMUNALWAHL- PROGRAMM

2026

AfD





## **Liebe Bürger des Landkreises Lüneburg,**

Als Alternative für Deutschland sind wir die Stimme der Bürger, die sich von den Altparteien nicht mehr vertreten fühlen. Wir wollen die ideologisierte Politik der letzten Jahre beenden. Neben den wirtschaftlichen Herausforderungen, die es zu meistern gilt, stehen für uns Sicherheit, das Beenden der Landschaftszerstörung durch Windräder, Bürokratieabbau und sparsame Haushaltsführung ganz oben auf der Prioritätenliste.

Unseren Kandidaten ist Bürgernähe sehr wichtig. Sie alle stehen für Demokratie und für ein Ende der bürgerfeindlichen Brandmauer-Spinnerei. Wir werden mit ganzer Kraft daran arbeiten, verlorenes Vertrauen der Bürger in die Politik wiederherzustellen.

Dieses Wahlprogramm gibt die wichtigsten unserer Leitlinien wieder. Es soll allen helfen, sich ein eigenes, realistisches Bild über die AfD und unsere Politikansätze im Landkreis Lüneburg zu machen.

**Stephan Bothe, MdL**  
Kandidat für das Amt des Landrats

Die AfD im Landkreis Lüneburg versteht sich auf allen Ebenen als Vertreter und Anwalt der Bürger wie auch der regionalen Unternehmer gegenüber dem Staat. Deshalb stehen wir für eine Politik, die den Bürgerwillen und die Interessen der Bevölkerung wieder in den Mittelpunkt stellt. Wir diskutieren offen und bürgernah für gute Lösungen und für eine Politik mit dem Mut zur Wahrheit, bei der Probleme nicht verschwiegen oder verharmlost, sondern offen angesprochen werden.

Dieses Wahlprogramm gibt Auskunft über unsere wichtigsten kommunalen Vorhaben. Es soll ein sachlich richtiges und fundiertes Bild unserer kommunalpolitischen Ziele vermitteln, da diese oftmals bewusst von unseren politischen Gegnern und Teilen der Medien verzerrt oder falsch dargestellt werden.

## **1. Ja zur Brücke zwischen Darchau und Neu Darchau**

Die Menschen in der Region haben jetzt lange genug darauf gewartet, dass der Startschuss zum Bau einer Brücke zur Elbquerung zwischen Darchau und Neu Darchau fällt. Durch die Förderfähigkeit von 75 % der Baukosten durch das Land ist die Brücke auch bezahlbar. Sobald der Planfeststellungsbeschluss erfolgt ist, gilt es für den Landkreis, formal und persönlich Kontakt mit der Landesregierung aufzunehmen, um Fördergeldzusagen für die Ausführungsplanung und den Bau mit Nachdruck einzuwerben. Ziel muss der zeitnahe Baubeginn sein.

## **2. Verwaltung verkleinern**

Wir wollen die Verwaltung unseres Landkreises verschlanken. Dies wollen wir durch eine höhere Effizienz erreichen, indem künftig Verwaltungsprozesse gestrafft werden, mehr Künstliche Intelligenz (KI) eingesetzt und unnötige Bürokratie abgebaut wird. Auf den aus-

ufernden Stellenzuwachs der letzten Jahre muss nun eine sinnvolle Stellenkonzentration folgen, so dass das Verhältnis von Beschäftigten der Kreisverwaltung zur Einwohnerzahl auf ein Normalmaß zurückgeführt wird. Der anzustrebende Stellenabbau hat sozialverträglich zu erfolgen.

### **3. Starke Schulen und Kitas für den ganzen Landkreis Lüneburg**

Das Bildungsniveau in Deutschland sinkt. Deutschland erreicht in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften den niedrigsten Stand seit Beginn der PISA-Erhebungen im Jahr 2000.

In den Schulen wird heutzutage versucht Integration, Inklusion und, so unser Eindruck, Indoktrination gleichzeitig zu betreiben. Die PISA-Studien belegen, dass das Konzept gescheitert ist.

Bildungspolitik liegt grundsätzlich in der Zuständigkeit des Kultusministeriums. Die Kommunen tragen jedoch die Sachkosten der Schulen, sind für Bau und Instandhaltung der Gebäude verantwortlich und müssen die Gehälter des nicht-lehrenden Personals finanzieren.

Kindergärten leisten wichtige Beiträge bei der Betreuung, der sprachlichen Frühförderung und der sozialen Integration. Sie sollen Eltern entlasten, Kinder bestmöglich fördern – und dabei frei von ideologischer Beeinflussung bleiben.

#### **Keine weiteren Integrierten Gesamtschulen**

Die AfD setzt sich für die Rückkehr zum bewährten dreigliedrigen Schulsystem aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ein. Bis zum Beginn der verfehlten Bildungsreformen galt das deutsche Schulsystem weltweit als vorbildlich. Viele der danach eingeführten Experimente – wie die Rechtschreibreform, die Aufnahme in die wei-

terführenden Schulen allein nach Elternwunsch statt nach Leistung oder die weitgehende Schließung von Förderschulen – haben sich als kontraproduktiv erwiesen.

Trotzdem waren viele Kultusministerien nicht bereit, diese Fehler einzugestehen und zum Bewährten zurückzukehren. Diese Haltung geht zu Lasten ganzer Schüलगenerationen und langfristig zu Lasten der gesamten Gesellschaft, deren wichtigster Rohstoff die Bildung und die Fähigkeiten der nachwachsenden Generation sind.

### **Politische Neutralität an Schulen**

Schulen müssen Orte des Lernens, des kritischen Denkens und der Persönlichkeitsentwicklung sein. Lehrkräfte dürfen Schülern nicht ihre eigene politische oder weltanschauliche Haltung aufdrängen. Nur echte politische Neutralität ermöglicht es, Kinder zu mündigen und selbstständig denkenden Bürgern zu erziehen.

### **Orte zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf**

Dem Recht aller Schülerinnen und Schüler auf eine ihren Fähigkeiten angemessene Beschulung sollten wir gerecht werden. Die Johannes Rabeler Schule (Förderschule Lernen), die eine hervorragende Arbeit leistet, sollte möglichst weiterhin Bestand behalten.

### **Ausgewogenes und gesundes kostenloses Essen in Kitas und Schulen**

An vielen Kindergärten und Schulen wird das Essensangebot durch ideologische oder religiöse Vorgaben eingeschränkt – sei es durch rein vegetarische Speisepläne oder das vollständige Streichen von Schweinefleisch. Die AfD sieht darin einen klaren Verstoß gegen das Neutralitätsgebot der öffentlichen Einrichtungen. Zudem werden Eltern im-

mer stärker finanziell belastet. Von daher muss das Ziel sein, Kindern qualitativ hochwertiges Essen kostengünstig zur Verfügung zu stellen.

## **Stärkung der Kinderbetreuung**

Die deutsche Sprache ist die Grundlage für Bildung und Integration. Deshalb muss sie in jedem Kindergarten verbindlich und intensiv gefördert werden. Gleichzeitig lehnen wir jede Politisierung der frühkindlichen Bildung ab. Themen wie Frühsexualisierung und Gender-Ideologie haben in Kindergärten nichts zu suchen.

Wir fordern außerdem eine bevorzugte Platzvergabe für berufstätige Eltern und Alleinerziehende.

## **4. Verschuldung in den Griff bekommen**

Die integrierten Gesamtschulden des Landkreises Lüneburg betragen Ende 2024 ca. 880 Millionen Euro, mit einer hohen Steigerungsrate von 17,9 %. Daher ist der finanzielle Gestaltungsspielraum marginal geworden und muss sich auf die absolut notwendigen und überlebenswichtigen Aspekte beschränken. Die Erfüllung von politischen Versprechungen von Bund und Land, die nicht ausfinanziert sind, lehnen wir ab.

Speziell in der Stadt Lüneburg müssen die freiwilligen Leistungen deutlich eingeschränkt, finanzielle Standards abgesenkt und das Personal reduziert werden. Die jährliche zusätzliche Verschuldung hat die Stadt an den Rand der Überschuldung gebracht; ein Defizit von bis zu 40 Mio. € im Jahr ohne eine Perspektive der Verringerung ist nicht tragbar.

Die ausufernden Transferleistungen im Sozialbereich müssen auf den Prüfstand gestellt und begrenzt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass kein Ukrainer mehr Bürgergeld bekommt, sondern

wie Asylbewerber Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Weitere Erhöhungen von Steuern und Abgaben zur Reduzierung dieses Defizits lehnen wir dennoch ab. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Einnahmen der öffentlichen Hand in den letzten Jahren immer weiter gestiegen sind. Durch Entscheidungen der Politik bzw. der Verwaltung wuchsen die Ausgaben jedoch immer mehr. Viele zusätzliche Ausgaben wurden dabei durch den Bund und das Land initiiert, aber auch hier vor Ort wurde zusätzlich öffentliches Geld ausgegeben, ohne sich an anderer Stelle einzuschränken. Es muss an dieser Stelle ein Umdenken hin zu mehr Ausgabendisziplin erfolgen.

Grundsätzlich wollen wir einen rigiden Sparkurs einschlagen, so unter anderem auch bei der Finanzierung von linken NGOs und deren links-ideologischen Projekten. Dies sind zumeist Projekte, die sich auf Kosten der Steuerzahler angeblich für Demokratie, Vielfalt und gegen Diskriminierung engagieren. In Wahrheit werden jedoch Andersdenkende ausgegrenzt und es wird politisch einseitig zumeist gegen die AfD agitiert.

Eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft, an der alle Menschen teilhaben, auch unabhängig davon, welcher politischen Partei sie angehören, ist eine Selbstverständlichkeit unter echten Demokraten.

## **5. Keine Windkraftanlagen in unseren Wäldern**

Das neue regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Lüneburg weist erstmals ca. 50 % von Windenergievorrangflächen in unseren Wäldern aus. Alle Kreistagsparteien außer der Gruppe AfD/dieBasis sprachen sich für das RROP aus. Entsprechend liegen dem Landkreis bereits über 100 Bauanträge für Windindustrieanlagen vor. Wir fordern den Landkreis auf, die Haftung für durch den Bau und

den Betrieb entstehende Umwelt- und Gesundheitsschäden den Betreibern im Rahmen der anstehenden Baugenehmigungen aufzuerlegen.

Darüber hinaus weist die AfD darauf hin, dass die erneuerbaren Energien bereits jetzt zu so erheblichen Schwankungen der Stromproduktion führen, dass an windigen und gleichzeitig sonnigen Tagen der Strom von den Energiekonzernen mit Bezahlung (negativer Strompreis) ins Ausland geleitet wird und zudem Windkraftanlagen vom Netz genommen werden. Demgegenüber wird bei Tagen mit sogenannter Dunkelflaute Strom zu teuersten Preisen aus dem Ausland bezogen.

Die Kosten für diesen Irrsinn haben die deutschen Verbraucher zu tragen, die weltweit die höchsten Strompreise zahlen. Noch gravierender ist, dass wir es aufgrund der hohen Energiekosten in Deutschland derzeit mit der größten Deindustrialisierung der deutschen Geschichte zu tun haben.

Die AfD fordert, dem ideologischen Energieunsinn Einhalt zu gebieten und die Energiepolitik wieder auf vernunftbasierte Entscheidungen zurückzuführen. Konventionelle Kraftwerke sind weiterhin notwendig und Energiespeicher sind zu fördern, um vorhandene Wind- und Solaranlagen auch volkswirtschaftlich betrachtet sinnvoll betreiben zu können. Sinnvoll können z.B. auch weiterhin dezentrale Photovoltaikanlagen auf bestehenden Dächern und sogenannte Balkenkraftwerke mit Energiespeichern sein.

Der Bezug von Energie muss für die deutsche Industrie und den Bürger wieder bezahlbar werden.

## 6. Klima-Moratorium

Mehrere Millionen Euro aus dem Haushalt unseres Landkreises gehen jährlich in einen angeblichen Klimaschutz, ohne dass irgendein Nutzen daraus belegt ist. Wir stellen alle sogenannten Klima-Schutzmaßnahmen auf den Prüfstand und wollen durch Streichungen in diesem Bereich sechs Millionen Euro jedes Jahr einsparen.

Das Klimaanpassungskonzept der Stadt Lüneburg und auch die Förderung von Klimaschutzprojekten von Vereinen werden wir dabei kritisch durchleuchten.

## 7. Migration und Integration

Mit Stand Januar 2025 hielten sich 637 Personen im Landkreis Lüneburg auf, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die deshalb ausreisepflichtig sind. Die Ausländerbehörde unseres Landkreises hat die Landesaufnahmebehörde permanent zur Ausweisung aufzufordern, bis alle ihre Ausweiseanträge abgearbeitet sind.

Fälle wie den des gewalttätigen Westafrikaners, der Anfang 2025 über Wochen Lüneburg tyrannisierte und dabei mehr als 40 Straftaten verübte, darunter schwere Körperverletzungen, gilt es, durch unverzügliches und stringentes Handeln zu verhindern.

Wir fördern die Integration von Migrant\*innen, die sich legal und mit einer Bleibeperspektive nach geltendem Recht bei uns aufhalten. Integration ist jedoch eine Bringschuld und keine staatliche Aufgabe. Für uns gilt die Maßgabe, dass sich die Zuwanderungspolitik zuerst an den Interessen des eigenen Landes und seiner Bürger ausrichten muss. Eine Politik der linken Ideologie, die sich einseitig an Minderheiteninteressen orientiert und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört, lehnen wir ab.

Die Förderung illegaler Migration nach Lüneburg durch die „Seebrücke Lüneburg“ beabsichtigen wir zu beenden.

### **Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit**

Wer in Deutschland Asyl beantragt und Leistungen aus Steuergeldern der Lüneburger Bürger in Anspruch nimmt, muss der Gesellschaft, die ihn aufnimmt, etwas zurückgeben.

Das Asylbewerberleistungsgesetz (§ 5) sieht ausdrücklich vor, dass Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern verpflichtet werden können. Die Entscheidungskompetenz liegt bei den Kommunen.

Die AfD im Landkreis Lüneburg fordert, von dieser gesetzlichen Möglichkeit konsequent und flächendeckend Gebrauch zu machen. Arbeitsfähige Asylbewerber sollen sich aktiv an der Pflege von Grünanlagen, der Unterstützung in Pflegeeinrichtungen, der Reinigung öffentlicher Räume oder anderen gemeinnützigen Tätigkeiten beteiligen.

Nur wer bereit ist, einen konkreten Beitrag für unsere Gemeinschaft zu leisten, kann auf Unterstützung zählen. Wer sich verweigert, muss mit Leistungskürzungen rechnen.

Gemeinnützige Arbeit schafft Tagesstruktur, fördert Disziplin und sorgt dafür, dass die Belastung für die Lüneburger Steuerzahler begrenzt bleibt.

### **Politischer Islam/Islamismus**

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Die AfD im Landkreis Lüneburg steht neuen Moscheebauten grundsätzlich kritisch gegenüber. Bevor ein solches Bauvorhaben genehmigt wird, muss neben der üb-

lichen Prüfung ausreichender Parkplätze auch sorgfältig untersucht werden, ob der Trägerverein Verbindungen in die islamistische Szene im Inland unterhält.

Den Ruf des Muezzins von Minaretten sowie die zunehmende öffentliche Raumnahme durch große islamische Veranstaltungen, etwa das gemeinsame Fastenbrechen auf Straßen und Plätzen, lehnen wir klar ab.

## **8. Arena Lüneburger Land**

Die Arena ist zwar Schauplatz interessanter Sportereignisse des Lüneburger Volleyballvereins SVG, erwirtschaftet aber eine Million Euro Verlust pro Jahr durch das Missmanagement der landkreiseigenen Betreibergesellschaft. Dies ist angesichts der desaströsen Haushaltslage des Landkreises nicht länger hinnehmbar. Die Arena gehört deshalb verkauft und in professionelle Hände übergeben, so dass dort auch in Zukunft erfolgreiche Großveranstaltungen stattfinden können. Die Erlöse sollen in den Startetat der kreiseigenen Wohnungsgesellschaft fließen.

## **9. Theater Lüneburg angemessen betreiben**

Wir haben in Lüneburg ein hoch defizitäres Dreispartentheater, bestehend aus den Lüneburger Symphonikern (knapp 30 Planstellen), einem Schauspielensemble und einem Ballett- und Tanzensemble. Die Aufwendungen des Theaters betragen schon 2018/2019 mehr als 10 Mio. Euro pro Spielzeit, davon allein rd. 8,0 Mio. Euro an Personalkosten. Im Jahr 2023 ließen die Gesellschafter des Theaters, Stadt und Landkreis, daher ein aufwendiges Gutachten erstellen, das drei Einsparszenarien aufzeigte: die Verkleinerung des Orchesters, die Einstellung des Orchesterbetriebes und die komplette Schließung der Sparte Musiktheater (einschl. Orchesterbetrieb).

Stadt und Landkreis entschieden jedoch, das Dreispartentheater fortzuführen. Allein die Zuschüsse des Landkreises Lüneburg betragen inzwischen 3,6 Mio. Euro je Spielzeit. Insgesamt bezuschusst der Steuerzahler das Dreispartentheater mit mehr als 9 Mio. pro Spielzeit. Damit werden unsere Steuergelder eingesetzt, um in Lüneburg Musicals und andere kostspielige Theaterinszenierungen betreiben zu können, die selbst in Großstädten nur bei einem Vielfachen der Eintrittspreise rentabel umgesetzt werden können.

Das Musiktheater inkl. Orchesterbetrieb muss seine Betriebskosten erheblich senken oder wir müssen leider seinen Betrieb einstellen. Unter den derzeitigen finanziellen Bedingungen ist eine Theater- und Orchesterlandschaft, die mit denen in Großstädten konkurriert, absolut unangemessen.

## **10. Einrichtung einer Corona-Impfschäden-Ambulanz beim Gesundheitsamt**

Nicht wenige Menschen trugen nach einer oder mehrerer Corona-Impfungen bleibende Schäden davon. Sie leiden an langanhaltenden Beschwerden, die in zeitlichem Zusammenhang nach einer Impfung gegen SARS-CoV-2 aufgetreten sind. Damit Betroffene die bestmögliche Unterstützung erhalten, werden wir über das Gesundheitsamt des Landkreises ein entsprechendes Beratungsangebot einrichten

## **11. Die Wirtschaft effizient fördern**

Die kommunale Wirtschaftsförderung gehört zu den wichtigsten Themen, die in der Region Lüneburg angegangen werden müssen. Die Rahmenbedingungen für die örtliche Wirtschaft müssen verbessert werden, damit durch eine langfristige Bindung von Firmen Arbeitsplätze erhalten bleiben und ein nachhaltiges Wirtschaftswachs-

tum in der Region erzielt wird. Die Neuansiedlung von innovativen und zukunftssträchtigen Unternehmen ist zu fördern.

Hierzu muss auch die Verwaltung schneller werden. Das Bauamt muss effizienter arbeiten und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden.

Zur Umsetzung einer erfolgreichen kommunalen Wirtschaftsförderung werden wir alle finanziellen Förderprogramme von Land, Bund und Europäischer Union dezidiert ermitteln und in Anspruch nehmen.

## **12. Sozialer Wohnungsbau**

Angesichts der rückläufigen Zahl von Wohnungen mit Sozialbindung auch im Landkreis Lüneburg wird die Wohnraumversorgung durch ein kommunales Wohnungsunternehmen immer notwendiger. Wir beabsichtigen daher, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, die entsprechende Fördergelder von Land und Bund einwirbt und bauwillige Investoren beim Bau von bezahlbarem Wohnraum unterstützt.

## **13. Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum**

Der Lüneburger Stadtteil Kaltenmoor, der in der Vergangenheit als Kriminalitätsschwerpunkt besonders auffällig war, gehört zu den Bereichen, wo mehr sichtbare Präsenz der Polizei die Sicherheit der Anwohner wieder gewährleisten muss.

Auch der Clamartpark und die angrenzenden Straßen, wo Drogenhandel und -konsum zum alltäglichen Erscheinungsbild geworden sind, stellen Brennpunkte dar, an denen vor allem auch durch zivile

und uniformierte Fußstreifen Eigentums- und Gewaltdelikte sowie Clan-Kriminalität effektiver verhindert werden müssen.

In Zusammenarbeit mit der Polizei werden wir das verlorengegangene Sicherheitsgefühl der Bürger wieder stärken. Zur besseren Bekämpfung der Clankriminalität fördern wir die behördenübergreifende Netzwerkarbeit, so dass Polizei, Zoll und Kommunalverwaltung enger zusammenarbeiten. So können Straftaten konsequent verfolgt werden, ungesetzliche Finanzströme aufgedeckt und illegale Einnahmen abgeschöpft werden.

## **Kampf gegen Drogen**

Werden Suchtkranke aus einem Bereich vertrieben, tauchen sie nur kurze Zeit später in einem anderen Stadtteil wieder auf. Das haben die Entwicklungen am Clamartpark und anschließend im Sande-Bereich deutlich gezeigt.

Die AfD im Landkreis Lüneburg lehnt die Schaffung weiterer Drogen-Hotspots in der Öffentlichkeit entschieden ab. Wir wollen solche Problemzonen nicht verlagern, sondern konsequent auflösen und verhindern, dass sich neue bilden. Daher fordern wir eine konsequente Strafverfolgung und Bekämpfung des Drogenhandels.

Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Suchtkranke echte Hilfe erhalten: Statt niedrigschwelliger Konsumangebote fordern wir den Ausbau ambulanter und stationärer Suchttherapien sowie eine konsequente Vermittlung in Entzugs- und Langzeitbehandlungen. Nur durch konsequente Therapie und Abstinenz kann langfristig geholfen werden. Die öffentliche Ordnung und die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden müssen Vorrang haben. Drogenkonsum gehört nicht auf Spielplätze, in Parks oder Innenstädte.

## **14. Vorsorge für gestärkte Resilienz bei Schäden an kritischen Infrastrukturen mit Folgen wie Stromausfällen**

Grundsätzlich fordert die AfD eine sichere und günstige Energieversorgung für ganz Deutschland, die Blackouts praktisch ausschließt.

Dennoch begreifen wir die Daseinsvorsorge als Kernaufgabe der Kommune und wollen das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen trotz der sich abzeichnenden Krisensituationen wieder aufbauen. Hierzu gehört unter anderem der Aufbau redundanter Kommunikationsstrukturen, die auch bei einem großflächigen Stromausfall funktionieren.

Zunächst muss das bestehende Mobilfunknetz durch den Einsatz von Stromgeneratoren für Mobilfunkmasten für eine deutlich längere Zeit aufrechterhalten werden können. Dies muss zumindest für einen kleineren Teil der Mobilfunkmasten möglich sein. Die Stromgeneratoren sind von der lokalen Feuerwehr vorrätig zu halten. Auf Ebene des Kreises müssen die Netzbetreiber kontaktiert werden.

Wir werden darüber hinaus die Bevölkerung aktiv über Vorsorgemaßnahmen informieren und zur Selbsthilfe bei Stromausfällen motivieren. In solchen Fällen gilt es:

1. Die Nutzung des Smartphones auf wichtige Textnachrichten oder Anrufe zu beschränken
2. Den Energiesparmodus einzuschalten
3. Über zusätzliche Powerbanks eine längere Nutzungsdauer des Smartphones sicherzustellen

Dies verschafft der Kommune und der Bevölkerung die notwendige Zeit, batterie- oder kurbelbetriebene Radios zu beschaffen. Dafür ist eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie Feuerwehr,

Technischem Hilfswerk (THW) und Energieversorgern notwendig. Um Zeiträume mit längeren Stromausfällen möglichst gut zu überstehen, wollen wir die Förderung von dezentralen Energielösungen vorantreiben (z.B. lokale Solaranlagen mit Speichern, Quartierslösungen), um die Abhängigkeit vom zentralen Stromnetz langfristig zu reduzieren und somit die allgemeine Resilienz zu erhöhen.

## **15. Verfall der Straßen aufhalten, keine Ideologie gegen das Auto**

In Lüneburg wird Jahr für Jahr nicht einmal das Geld in den Straßenbau investiert, das den weiteren Verfall des Straßennetzes stoppt. Eine qualitative Verbesserung des Straßennetzes muss dringend angezielt werden. Die Investitionen in den Straßenbau müssen erhöht werden, auch um Folgekosten zu verringern. Auf der anderen Seite darf es keine ideologische Bevorzugung des Radverkehrs geben. Sicherlich muss es auch in diese Richtung Investitionen geben; dies darf jedoch nicht zu einer Vernachlässigung der Straßeninfrastruktur führen.

Hinsichtlich der städtischen Parkplätze gilt insbesondere in der Altstadt bzw. in Altstadtnähe, dass es keinen weiteren Abbau geben darf. Parkplätze sind nichts Ästhetisches, sie sind aber eine Notwendigkeit, da das Auto für viele unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens ist. Die Parkgebühren, auch für das Anwohnerparken, müssen im Rahmen bleiben. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Gebühren des Anwohnerparkens nur moderat steigen. Der Sülzwiesenparkplatz soll kostenlos bleiben.

Natürlich profitiert der öffentliche Nahverkehr ebenfalls von einem optimierten und verbesserten Straßennetz. Dieser muss finanzierbar bleiben, aber auch gleichzeitig den Bedürfnissen der Bürger weiter angepasst werden. Das niedersächsische Oberzentrum Lüneburg, das als lebendige Universitätsstadt, Hansestadt und als Tourismusziel fungiert, muss auch für Bürger aus dem Umland schnell und

arbeitnehmerfreundlich (Früh- & Spätschichten sind zu berücksichtigen) zu erreichen sein. Zudem ist im ÖPNV ergänzend zu der bald wieder möglichen EC-Kartenzahlung auch die Bargeldzahlung wieder einzuführen.

## **Ausweitung der Bürgerbusse auf den gesamten Landkreis**

Viele ältere Mitbürger, insbesondere in den ländlichen Gemeinden des Landkreises Lüneburg, sind auf eine zuverlässige und bezahlbare Mobilität angewiesen. Derzeit existiert das erfolgreiche System der ehrenamtlich betriebenen Bürgerbusse nur in wenigen Gemeinden (z. B. Amelinghausen, Bardowick, Bleckede). Das reicht nicht aus.

Die AfD fordert: Das bewährte Bürgerbus-System muss flächendeckend auf den gesamten Landkreis Lüneburg ausgedehnt werden. Jede Gemeinde und jeder Ortsteil soll Zugang zu diesem flexiblen, bürgernahen Angebot erhalten.

Bürgerbusse ermöglichen Senioren, Menschen ohne eigenes Auto und mobilitätseingeschränkten Bürgern eigenständig zum Arzt, zum Einkaufen, zu Behörden oder zu Familienbesuchen zu gelangen – ohne Abhängigkeit vom teuren Taxi oder unzureichenden ÖPNV. Wir setzen dabei auf Ehrenamt, lokale Vereine und engagierte Bürger. Der Landkreis muss die bestehende Förderung über den Bürgerbusfonds deutlich ausbauen und unbürokratisch gestalten, damit neue Projekte schnell starten können.

Gute Mobilität im ländlichen Raum ist keine Luxusfrage, sondern eine Frage der Lebensqualität und der Wertschätzung unserer älteren Generation. Die AfD steht dafür, dass unsere Senioren nicht isoliert werden – im ganzen Landkreis Lüneburg.

## **16. Angemessener Erbbauzins**

Der erhebliche Anstieg des Bodenrichtwertes im Lüneburger Stadtgebiet bedingt nach der jetzigen Berechnungsformel einen erheblichen Anstieg des Erbbauzinses bei Neuverträgen. Dieser unverhältnismäßige Anstieg widerspricht dem Gedanken des Erbbauzinses und ist so für die Erbbauehmer, die sich in einer Zwangslage befinden, überhaupt nicht mehr tragbar.

Die AfD hat in Anlehnung an die Forderungen der Initiative Erbbauzins ein neues Modell vorgeschlagen, welches zu einem angemessenen Niveau dieser „Pacht“ führt und zukunftsfähig ist.

## **17. Amnestie für Verstöße gegen Corona-Maßnahmen und Rückerstattung der Bußgelder**

In Bergamo und anderen Städten Europas gab es nur drei bis fünf Wochen lang eine auffällige Übersterblichkeit. Eine Überlastung der Krankenhäuser in Deutschland drohte nicht. Sämtliche Corona-Maßnahmen waren daher ungerechtfertigt. Auch der Landkreis Lüneburg verhängte entsprechende Bußgelder, in der Summe in sechsstelliger Höhe. Wir fordern, dass sich der Landkreis davon distanziert, sich bei den Betroffenen entschuldigt und alle aufgrund von Corona-Maßnahmen-Verstößen verhängten Bußgelder den Bürgern zurückerstattet.

## **18. Einrichtung einer Hebammenzentrale**

Aufgrund des allgemeinen Hebammenmangels haben auch in der Region Lüneburg schwangere Frauen vielfach Probleme, eine Hebamme zu finden. Durch die Einrichtung einer Hebammenzentrale können Schwangere und deren Familien bei der Hebammensuche besser unterstützt werden. Auch bei der Suche nach Kursen für die

Geburtsvorbereitung oder zur Rückbildung bietet eine solche Zentrale Hilfe an. Zudem kann während der Telefonsprechzeiten bei allen Fragen zu den angebotenen Hebammenleistungen rund um Schwangerschaft, Geburt und Stillzeit beraten werden.

## **19. Nutztier- und Pferdehaltung stärken – Offenstallbau erleichtern**

Der Landkreis Lüneburg steht für Tradition, Tierwohl und eine enge Verbindung zwischen Mensch und Tier.

Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen für Nutztier- und Pferdehalter deutlich zu verbessern – insbesondere im Bereich der artgerechten Offenstallhaltung.

### **Unsere Ziele:**

- Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Offenställe, Abbau unnötiger bürokratischer Hürden beim tierwohlgerechten Stallbau
- Klare und praxisnahe Vorgaben statt unübersichtlicher Auflagen
- Unterstützung von Pferdehaltern, die in moderne, artgerechte Haltungssysteme investieren

Nutztiere und Pferde benötigen Bewegung, Sozialkontakt und frische Luft – Offenstallhaltung trägt maßgeblich zum Tierwohl bei. Deshalb wollen wir als Landkreis ein klares Signal für eine tiergerechte Haltung von Nutztieren und Pferden setzen.

## **20. Einrichtung eines kommunalen Petitionsausschusses**

Die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung in der Lüneburger Kommunalpolitik ist derzeit unzureichend. In der Praxis sieht diese Beteiligung oftmals so aus, dass Bürger zwar ihr Anliegen vortragen dürfen,

sie aber entweder gleich in der Bürgerfragestunde mehr oder weniger abgekanzelt werden oder im Nachgang keine Berücksichtigung ihrer Anliegen erfahren. Daher wollen wir einen Petitionsausschuss schaffen, der eine stärkere Berücksichtigung des Bürgerwillens ermöglicht, wie auch eine bessere Wahrnehmung der in der Niedersächsischen Gemeindeordnung verankerten Bürgerrechte.





# Impressum

**Herausgeber:** AfD Kreisverband Lüneburg  
Im Großen Ort 14  
27801 Dötlingen

**E-Mail:** [info@afd-kreis-lueneburg.de](mailto:info@afd-kreis-lueneburg.de)  
**Website:** [www.afd-lueneburg.de](http://www.afd-lueneburg.de)

**Bildnachweise:**  
Umschlag: AdobeStock/Nordenfan

## **Rechtlicher Hinweis:**

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Texte – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.



Kreisverband  
Lüneburg

**AfD**



**Herausgeber:**

AfD Kreisverband Lüneburg  
Im Großen Ort 14  
27801 Dötlingen